

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000268

Streng geheim!

Nur zur persönlichen Information!

Um Rückgabe wird gebeten!

1. Kref
2. Kre
3. Strel
4. Krou
5. Nei
6. Schw
7. HA II, Ltr.
8. HA I, Ltr.
9. AG
10. Hld.

Berlin, den 17. 10. 89 19
Nr. 445/89
Expl. 10
Bl. 14

AUSKUNFT

über

Einschätzungen der NATO zur Entwicklung der Militärpolitik
und der militärischen Stärke der UdSSR und des Warschauer
Vertrages

KOPIE BStU

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Eine von den Aufklärungsorganen der NATO im Verlaufe des 1. Halbjahres 1989 im Rahmen der allgemeinen Einschätzungstätigkeit erarbeitete Analyse der militärpolitischen, doktrinären und Streitkräfteentwicklung der UdSSR und des Warschauer Vertrages wurde zur Jahresmitte vom Militärausschuß (MC) der NATO bestätigt..

Sie befaßt sich mit der Darstellung des aktuellen Zustandes, der kurz- und mittelfristigen Entwicklungen (ca. 5 - 10 Jahre) und der langfristigen Tendenzen (ca. 20 Jahre) in der UdSSR und im Warschauer Vertrag. Die verarbeiteten Erkenntnisse entsprechen etwa dem Stand vom Frühjahr dieses Jahres. Analysen dieser Art sind für den Planungsprozeß des NATO-Apparates, als Grundlage für die Operationsplanung der NATO-Oberkommandos und zur Unterstützung der militärpolitischen Planungsarbeit der Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten bestimmt.

Außen- und militärpolitische Grundbedingungen

Die NATO-Führung geht bei der Beurteilung der politischen Rahmenbedingungen der Entwicklung des Warschauer Vertrages von bedeutenden Veränderungen aus, die seit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows eingetreten sind. Die Wandlungen im Stil und Inhalt der sowjetischen Außenpolitik hätten die UdSSR für die NATO zu einem Widerpart gemacht, der eine größere Herausforderung bedeute und höhere Ansprüche an ihre Politik stelle. Durch ihre Politik versuche die UdSSR, die Umgestaltung im Innern durch die Verringerung der internationalen Spannungen zu ergänzen. Zu den Schlüsselementen dieser Politik gehörten eine verstärkte Orientierung auf Begegnungen auf höchster Ebene, Rüstungskontrollverhandlungen und politische Lösungen für regionale Konflikte. Ungeachtet strebe die UdSSR nach einer Maximierung ihrer nationalen Sicherheit und der Wahrung ihrer globalen Interessen. Während sie direkte Konfrontationen mit dem Westen zu vermeiden suche, betreibe sie den Ausbau ihrer weltweiten strategischen Position.

Vorrangige Ziele der sowjetischen Politik seien folgende Komplexe: Sicherung der Unverletzbarkeit des sowjetischen Territoriums; Erhaltung und Stärkung des sowjetischen Systems; Aufrechterhaltung der grundsätzlichen Kontrolle über die Staaten des Warschauer Vertrages; Absicherung und Untermauerung des Supermachtstatus der UdSSR sowie Pflege und Verbreitung des Bildes der UdSSR als einer vertrauenswürdigen internationalen Macht. Die UdSSR werde letztendlich eine ungefähre strategische Parität mit den USA aufrechterhalten, wobei der Umfang von Streitkräften

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

und Rüstungen verhandelbar sein werde. Sie werde alle Anstrengungen unternehmen, daß keine bedeutende internationale Frage ohne Berücksichtigung ihrer Interessen gelöst wird.

Zur Unterstützung ihrer politischen Generallinie habe die UdSSR in den letzten Jahren verfeinerte politische und diplomatische Taktiken entwickelt und diese unter dem Schlagwort des "neuen politischen Denkens" verfochten. Dazu gehöre eine realistischere Bewertung der Stärke, Lebensfähigkeit und Anpassungsfähigkeit des kapitalistischen Systems. Durch die UdSSR werde die Existenz einer interdependenten und ganzheitlichen Welt mit globalen Problemen, die nur durch Zusammenarbeit im weltweiten Umfang gelöst werden können, anerkannt. Dabei komme allgemeinen Menschheitsfragen unter den gegenwärtigen Umständen der Vorrang vor den Fragen des Klassenkampfes zu. Ein Kernwaffenkrieg werde als nicht gewinnbar angesehen und dürfe nicht zugelassen werden. Deshalb sei die nukleare Abschreckung auch keine realistische Politik mehr. Sicherheit sei auf niedrigem Rüstungsniveau möglich. Sie könne jedoch nur bei gleicher Sicherheit für beide Seiten erreicht werden. Diese Erkenntnisse haben nach Auffassung der NATO in der sowjetischen Führung zu einer stärkeren Betonung politischer Mittel bei der Gewährleistung nationaler Sicherheit geführt. Es wachse die Einsicht, daß nationale Sicherheit nicht länger allein mit militärischen Mitteln erreicht werden könne. Daraus resultiere auch die Akzeptanz der Notwendigkeit einer größeren Flexibilität in der Außenpolitik und das gewachsene Interesse an der Suche nach politischen Lösungen für regionale Konflikte. Die UdSSR habe ihr Interesse an der Rolle internationaler Organisationen, insbesondere der Vereinten Nationen, zur Verfolgung ihrer Ziele erneuert.

In den Beziehungen der UdSSR zu den sozialistischen Ländern dominiere die Orientierung auf die Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages. Das Verhältnis der UdSSR zu ihren Bündnispartnern werde dadurch bestimmt, daß sie den Zusammenhalt des Warschauer Vertrages als lebenswichtig für die eigene Sicherheit ansehe. Das sowjetische Ziel bestehe in der Stärkung der militärischen, politischen und ideologischen Kooperation sowie der ökonomischen Integration der Mitgliedsländer. Dies werde jedoch durch divergierende politische, ökonomische und nationale Interessen der europäischen Verbündeten der UdSSR beeinträchtigt. Die zentrifugalen Kräfte würden durch die von der sowjetischen Führung betriebene Politik der größeren Handlungsfreiheit bei der Bestimmung ihres eigenen politischen und ökonomischen Kurses gestärkt. Die NATO geht jedoch weiterhin davon aus, daß die UdSSR im Falle einer von ihr so empfundenen Bedrohung ihrer Sicherheit oder des Zusammenhalts des War-

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

schaer Vertrages durch Entwicklungen in einem oder mehreren Mitgliedsländern zum Einsatz militärischer Mittel bereit sein werde. Es wird jedoch erwartet, daß es zunächst der politischen Führung überlassen werde, die Lage zu klären.

Die sowjetische Politik gegenüber der Dritten Welt wird von der NATO nicht als Rückzug gewertet. Obwohl sich die Aufmerksamkeit gegenüber diesen Ländern verringert habe, gelte dieser Bereich weiterhin als ein Gebiet der Auseinandersetzung mit dem Westen, auf dem die UdSSR und ihre Verbündeten Positionen erhalten und stärken wollen. Dabei finden die ökonomischen und politischen Kosten der Einflußnahme auf die Dritte Welt eine Neubewertung und zunehmende Beachtung. Insbesondere der dominierende Einfluß des westlichen ökonomischen Systems und die Abneigung der Dritten Welt gegen eine Einbeziehung in die Ost-West-Auseinandersetzung würden die sowjetischen Einflußmöglichkeiten begrenzen.

Die NATO unterstellt der UdSSR und ihren Verbündeten, ungeachtet der erklärten Ablehnung des Terrorismus, weiterhin Gruppierungen zu unterstützen, die in terroristische Handlungen verstrickt sind.

Mit der Politik der friedlichen Koexistenz und des gemeinsamen europäischen Hauses setze die sowjetische Führung die Bemühungen zur Reduzierung der Spannungen zwischen der Sowjetunion und den westlichen Staaten fort. Die UdSSR hoffe, damit die Chancen für die Beeinflussung westlicher Politik, insbesondere im Hinblick auf die NATO-Rüstung und die Rüstungskontrolle, zu verbessern. Bisher habe die sowjetische Rhetorik keine Auswirkungen auf die Modernisierung und Verbesserung der sowjetischen Streitkräfte gehabt. Ungeachtet der Veränderungen in der Außenpolitik betrachte die UdSSR die Beziehungen mit dem Westen weiterhin als grundsätzlich von Gegensätzlichkeit geprägt. Die langfristigen Ziele der Sowjetunion blieben die Auflösung der NATO als Militärbündnis, die Entnuklearisierung und letztlich Neutralisierung Westeuropas sowie die Schwächung des Westens insgesamt. Die praktische Politik der Sowjetunion sei gegenwärtig jedoch auf kurzfristigere, weniger ambitionöse Ziele gerichtet:

- Verhinderung einer militärischen Konfrontation mit der NATO,
- Unterminierung der Entwicklung und des Zusammenhalts der NATO sowie Schwächung des Einflusses der USA und Kanadas in Europa,
- Verringerung der militärischen Fähigkeiten der NATO und anderer westlicher Staaten, insbesondere durch die Schaffung von politischem Druck in der NATO zur Begrenzung der Militärausgaben und der Streitkräftemodernisierung,

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

- Sicherung der fortgesetzten westlichen Anerkennung der sowjetischen Kontrolle über Osteuropa,
- Eindämmung der weiteren westeuropäischen politischen und militärischen Integration, soweit diese sowjetischen Interessen zuwiderläuft,
- Gewinnung ökonomischer und technischer Vorteile, einschließlich westlicher Beteiligung und Investitionen bei der Modernisierung der sowjetischen Industrie.

Als spezielle Ziele einer langfristig angelegten Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik der UdSSR werden angesehen:

- Festigung ihrer strategischen Position gegenüber dem Westen,
- Beseitigung oder Begrenzung westlicher Überlegenheiten und Ausschließen der Modernisierung, der Entwicklung und Stationierung bestimmter Waffen,
- Gewinnung propagandistischer Vorteile und Untermauerung sowjetischer Ansprüche auf die Position der führenden Kraft bei der Gewährleistung des Friedens und in der Abrüstung,
- Ausnutzen jeder möglichen Meinungsverschiedenheit im Westen hinsichtlich der Rüstungskontrolle,
- Reduzierung des westlichen Bedrohungsempfindens.

Parallel zu einer gewachsenen Flexibilität und dem Eingehen auf westliche Vorstellungen würden von der UdSSR weiterhin Vorschläge initiiert, die eine Beschränkung des westlichen militärischen Spielraumes zum Ziel hätten. Ausdruck dafür seien u. a. die Initiativen von Murmansk und zum Mittelmeer. Die zweifelsfrei propagandistischen Aspekte dieser Vorschläge zielten darauf, die westliche Solidarität zu unterminieren und das Bild der UdSSR als einer prinzipiell auf Frieden und Abrüstung orientierten Weltmacht zu verstärken. Dennoch seien sie zugleich als Ausdruck ernsthafter Absicht zu werten, das allgemeine Niveau der Konfrontation zu verringern.

Obwohl die UdSSR einen Kernwaffenkrieg mit dem Westen als in sich selbst kontraproduktiv betrachte, werde sie auch künftig die internationalen Beziehungen als widerstreitend und bis zu einem gewissen Grade gegensätzlich ansehen. Unabhängig von Rüstungskontrollinitiativen der Sowjetunion werde die militärische Bedrohung der NATO auf hohem Niveau erhalten bleiben. Die gewachsene Qualität und Flexibilität der sowjetischen Politik gegenüber dem Westen werde den Umgang mit der

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Sowjetunion in bestimmter Hinsicht erleichtern, sie jedoch auch zu einem anspruchsvolleren politischen Gegenspieler machen. Die USA, Europa und der Ferne Osten würden in der sowjetischen Außenpolitik weiter Priorität genießen.

Die sowjetische Führung unter Gorbatschow habe die Beschränkungen, die der sowjetischen Außenpolitik durch eine uneffektive Wirtschaft und ein im internationalen Rahmen unattraktives System auferlegt werden, erkannt. Die NATO erwartet für die vorausschaubare Zukunft, daß sich die sowjetische Führung vorrangig auf innere Fragen, insbesondere die ökonomische Umstrukturierung, konzentrieren wird. Davon werde jedoch auch in ferner Zukunft keine radikale Liberalisierung oder Demokratisierung im westlichen Sinne erwartet. Sicherheitsfragen einschließlich Rüstungskontrolle würden in der sowjetischen Außenpolitik einen zentralen Platz behalten. Wachsende Bedeutung erlangten darüber hinaus Entwicklung und Verbesserung ökonomischer Beziehungen mit dem Westen, einschließlich des Zugangs zu westlicher Technologie und zwar in dem Maße, wie die Sowjetunion die nichtmilitärischen Aspekte der nationalen Sicherheit erkenne. Die NATO schließt nicht aus, daß die gegenwärtige Führung erfolglos bleibt. In diesem Fall werden Rückwirkungen auf die innere Lage der Sowjetunion und die internationalen Beziehungen erwartet, ohne daß jedoch die Grundzüge der Sicherheitspolitik eine Änderung erfahren würden.

Ökonomische Entwicklung und militärische Stärke

Die sowjetische Führung ist nach Einschätzung der NATO im Hinblick auf die Gewährleistung der Verteidigungsfähigkeit des Landes mit einer uneffektiven Wirtschaft konfrontiert, deren Problem ein sinkendes Wachstum, niedrige Arbeitsproduktivität und eine abnehmende Kapitalproduktivität einschließen. Die Verteidigungsaufwendungen belasteten die Wirtschaft Mitte der 80er Jahre mit etwa 15 - 17 % des Bruttosozialprodukts. Außerdem stellten die Bereiche der Wirtschaft, die von der Verteidigung besonders in Anspruch genommen wurden, eben jene dar, in denen die zivilen Anforderungen am größten sind, um ein industrielles Modernisierungsprogramm verwirklichen zu können. Die sowjetischen Anstrengungen zur Lösung der ökonomischen Probleme blieben bisher erfolglos. Die sowjetische Führung wurde 1988/89 nicht nur mit der Aussicht andauernd hoher Verteidigungslasten in einer Zeit wachsender ökonomischer Probleme, sondern auch mit einem großen und steigenden Haushaltsdefizit konfrontiert. Ein Erfolg der ökonomischen Maßnahmen setzt nach Ansicht der NATO weitere Veränderungen in der Ressourcenverteilung und Kürzungen der Verteidigungsausgaben voraus. Die Entscheidung zur Verringerung der Verteidigungslasten sei durch Ankündigung der Streitkräftereduzierungen und Kürzungen der

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Verteidigungsausgaben verdeutlicht worden. Die Einsparungen durch Streitkräftereduzierungen, den Rückzug aus Afghanistan und die Realisierung des INF-Abkommens würden zusammen jedoch nur etwa die Hälfte der vorgesehenen Kürzungen von 14,2 % der Gesamtverteidigungsausgaben und von 19,5 % der Beschaffungsausgaben ergeben. Daher wird erwartet, daß in näherer Zukunft zur Realisierung der verkündeten Zielstellung weitere bedeutsame Kürzungen bei der Beschaffung von Waffensystemen aller Art und wahrscheinlich auch bei Forschungs- und Entwicklungsvorhaben erforderlich sein werden. Die Verteidigungsindustrie stehe vor substantiellen Veränderungen ihrer Betriebsführung und ihrer Rolle in der sowjetischen Wirtschaft. Die sowjetische Ankündigung der Steigerung der Produktion ziviler Güter im Verhältnis zum Ausstoß militärischen Materials werde bereits im kurzfristigen Rahmen Auswirkungen auf die Waffenproduktion haben. Dennoch geht die NATO davon aus, daß die Verteidigungsindustrie über ausreichende Kapazitäten verfügt, um die Waffensysteme zu produzieren, deren Einführung in den frühen 90er Jahren geplant ist. Die militärische Führung habe außerdem erkannt, daß langfristig die Hochtechnologie-Anforderungen für künftige Generationen von Waffensystemen nur von einer starken Wirtschaft mit einer modernen industriellen Basis erfüllt werden können. Trotzdem bezweifelt die NATO, daß die Modernisierungs- und Reformprogramme die gesteckten Ziele erreichen. Steigerungen des sowjetischen Bruttosozialprodukts würden relativ gering bleiben und die Probleme der Ressourcenverteilung ihren ernsten Charakter behalten. Der Druck zur Beschränkung militärischer Anwendungen werde wahrscheinlich bestehen bleiben. Dabei könnten künftige Rüstungskontrollvereinbarungen im strategischen Bereich oder bei den konventionellen Streitkräften größere Auswirkungen auf die Verteidigungsausgaben in den 90er Jahren haben. Eine substantielle Umverteilung von Ressourcen aus dem Verteidigungssektor in den zivilen Bereich könnte langfristig zu einer merklichen Steigerung in der zivilen Wirtschaft führen. Obwohl sich die NATO nicht in der Lage sieht, das künftige Niveau der Verteidigungsausgaben und der Waffenproduktion mit Sicherheit zu bestimmen, geht sie davon aus, daß die bereitgestellten Ressourcen auch künftig die Modernisierung und qualitative Verbesserung der sowjetischen Streitkräfte gewährleisten werden.

Die anderen Mitgliedsländer stünden grundsätzlich vor ähnlich ernsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten wie die Sowjetunion. Sie haben mit Ausnahme Rumäniens ebenfalls Kürzungen der Verteidigungsausgaben angekündigt. Es wird erwartet, daß das Wirtschaftswachstum niedrig bleibt. Unter der Voraussetzung des Ausbleibens einer ernsthaften Verschlechterung der internationalen Lage würden diese Länder des Warschauer Vertrages ihre realen Verteidigungsausgaben kaum steigern, sondern eher

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

verringern sowie das schon geringe Modernisierungstempo ihrer Streitkräfte weiter herabsetzen. Der unverhältnismäßig hohe Anteil an den Verteidigungsausgaben des Warschauer Vertrages, der gegenwärtig von der UdSSR getragen wird, werde sich kaum verringern.

Militärtechnische Hauptentwicklungsrichtungen

Die NATO rechnet in der UdSSR mit der Fortsetzung des Verfahrens der laufenden Entwicklung und Einführung neuer Waffensysteme aller Art, einschließlich neuer Generationen von Raketen, Flugzeugen, Raumfahrtsystemen, Überwasserschiffen, U-Booten und Panzern, die technologische Fortschritte in solchen kritischen Bereichen wie Werkstoffe, Antriebssysteme und Elektronik reflektieren.

Die Stärken der Sowjetunion im Forschungs- und Entwicklungsbereich werden in ihrem Willen und der Fähigkeit gesehen, einen großen Teil der wissenschaftlich-technischen Ressourcen des Landes zur weiteren Entwicklung der militärischen Fähigkeiten bereitzustellen, obwohl dieser Anteil künftig geringer als in der Vergangenheit sein könne. Die planmäßige Modernisierung eingeführter Waffensysteme und die Einführung neuer Systeme mit verbesserter bewährter Technologie gewährleisteten die ständige Weiterentwicklung der Kampfkraft. Militärischer Nutzen werde auch aus den umfangreichen und kontinuierlich betriebenen Raumfahrtprogrammen gezogen. Als weiteres Element sowjetischer Stärke gelte in der NATO die Vorteile, die von der UdSSR aus einem großen und gut organisierten Programm zur systematischen Beschaffung und Nutzung westlicher Technologie zur Überwindung eigener Rückstände und zur Verringerung von Kosten, Zeitbedarf und Risiko bei der Stärkung ihrer industriellen und militärischen Fähigkeiten gezogen werden.

Schwächen des sowjetischen Forschungs- und Entwicklungssystems ergeben sich nach NATO-Auffassung aus vorherrschender Ineffizienz, Ressortdenken und Konservatismus bei der Überführung neuer Lösungen in die Praxis. Obwohl die Berücksichtigung dieser Schwächen zu den Schwerpunkten der Reformbemühungen gehörten, wird in näherer Zukunft nicht mit ihrer Überwindung gerechnet. Eine besondere Schwäche stellten die geringe Leistungsfähigkeit der sowjetischen Industrie beim Aufbau einer erfolgreichen Produktion von hochentwickelten mikroelektronischen Schaltkreisen in hoher Qualität und die Unfähigkeit dar, Hochgeschwindigkeits-Rechner in hoher Qualität und ausreichender Stückzahl zu produzieren.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Langfristig erwartet die NATO jedoch einen ständigen Zuwachs der sowjetischen wissenschaftlich-technischen Fähigkeiten. Entscheidende Verbesserungen würden allerdings in hohem Maße davon abhängen, inwieweit die vorgesehenen Reorganisationsmaßnahmen und Wirksamkeitssteigerungen des Forschungs- und Entwicklungssystems verwirklicht werden können. Ferner werde die Beschaffung westlicher Technologie ein bedeutsamer Teil der sowjetischen Strategie zur Überwindung der bestehenden technologischen Schwächen bleiben. Als entscheidender Faktor bei Waffenentwicklungsprogrammen seien Fortschritte in kritischen Technologiebereichen wie Mikroelektronik, Antriebstechniken, Werkstoffe und Rechentechnik einschließlich Software anzusehen.

Zu einzelnen Schwerpunkten trifft die NATO folgende Einschätzungen:

Die beiden großen Flugzeugträger der "Tbilissi"-Klasse (65 000 t) befinden sich nach NATO-Erkenntnissen in der Ausrüstung und werden ihre Einsatzbereitschaft 1991/92 bzw. 93/94 herstellen. Nunmehr wird entgegen früheren Annahmen mit einer herkömmlichen Antriebsanlage gerechnet. Bis zur erwarteten Verfügbarkeit spezieller Trägerflugzeuge in der Mitte der 90er Jahre wird der Einsatz von Senkrechstartern und Hubschraubern als Bordflugzeuge angenommen. Ein neuer größerer Flugzeugträgertyp, der die vorläufige NATO-Bezeichnung BLK-COM-5 (Black Sea-Combattant-5) erhielt, sei Ende 1988 in Bau gegangen.

Die Sowjetunion setze die Modernisierung des Panzerbestandes nach dem üblichen Schema durch Kampfwertsteigerung eingeführter Modelle und Entwicklung neuer Typen fort. Eine Neuentwicklung mit der NATO-Bezeichnung FST-2 (Future Soviet Tank-2) habe wahrscheinlich eine unkonventionelle Auslegung mit verkleinertem Turm und einer Hauptwaffe mit weiter vergrößertem Kaliber (um 135 mm). Sie könne um 1995 zur Einführung gelangen.

Für die 90er Jahre erwartet die NATO den Beginn des Einsatzes von Technologien zur Verringerung der Erkennbarkeit vieler Kampfmittel ("stealth"). Durch Verbesserung der Sensorelemente sowie Informationsverdichtung durch Multi-Sensortechniken werde die Sensortechnologie zur Zielaufklärung und Waffenleitung verbessert. Es werde zu einer zunehmenden Nutzung digitaler Nachrichtenübertragungstechniken einschließlich von Hochgeschwindigkeitsübertragungsverbindungen von Satelliten und Lichtwellenleiterverbindungen zwischen wichtigen Bodenstellen kommen.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Fortschritte in der Entwicklung und Anwendung der Mikroelektronik, einschließlich höchstintegrierter Schaltkreise (VLSI) und neuer Arten von Halbleitern würden bedeutende Verbesserungen in einer Vielzahl eingeführter Waffensysteme erlauben.

Die Entwicklung im Bereich der Luft- und Raumfahrt werde ebenfalls durch Orientierung auf Hochtechnologielösungen bestimmt. Mit Erlangung der erforderlichen technologischen Fähigkeiten könne die Schaffung einsatzbereiter strategischer und taktischer Hochenergielaserwaffensysteme zur Satellitenabwehr und zur Punktverteidigung gegen strategische Raketen erwartet werden. Funkwellenwaffen könnten für die Zerstörung elektronischer Komponenten von Waffensystemen bereitstehen. Zur Raketenabwehr und zur Satellitenbekämpfung würden jeweils spezielle Varianten von Teilchenstrahlenwaffen entwickelt werden. Für taktische Zwecke, Satellitenabwehr und wahrscheinlich zur Raketenabwehr könnten elektromagnetische Geschütze konstruiert werden. Die NATO rechnet mit der Entwicklung und Einführung von Laser-Waffensystemen zur Blendung von Personal und zur Bekämpfung von Sensorenkomplexen. Ein 12 KW-Prototyp CO₂-Lasersystem auf einem Panzerfahrzeug, das gegen Wärmebildgeräte, andere Infrarotgerätekombinationen und leicht brennbare Materialien wirksam ist, könne 1989 zu einem feldverwendungsfähigen System weiterentwickelt werden. Weitere Entwicklungen auf diesem Gebiet könnten in naher Zukunft zu einem höherentwickelten Laserwaffensystem führen mit Wirkungsmöglichkeiten gegen weiche Ziele, wie Optiken und Cockpitverglasungen von Flugzeugen. Die Entwicklung von Radio-Frequenz-Waffen für taktische Einsatzmöglichkeiten und ihre Einführung werde in den frühen bis mittleren 90er Jahren für möglich gehalten.

Die NATO habe die Entwicklung speziell gegen die Schutzausrüstungen ihrer Streitkräfte wirksamer Kampfstoffe festgestellt, darunter solcher, die vorhandene Maskenfilter durchdringen. Die NATO geht von einer hohen Wahrscheinlichkeit aus, daß filterbrechende Kampfstoffe den sowjetischen Streitkräften bei Bedarf zur Verfügung stehen. Ihr liegen keine Erkenntnisse vor, daß die Sowjetunion die Kampfstoffproduktion eingestellt hat. Forschungs- und Entwicklungsprogramme von chemischen Kampfstoffen würden außer in der UdSSR auch in mehreren anderen Ländern des Warschauer Vertrages betrieben (CSSR, Sozialistische Republik Rumänien, DDR), in denen auch eine begrenzte Produktion auf der Basis von Pilotanlagen erfolge. Es wird davon ausgegangen, daß die Streitkräfte des Warschauer Vertrages im Falle eines Krieges mit der NATO Zugang zu chemischen Kampfstoffen erhalten.

Die finanziell gut abgesicherten und breit angelegten sowjetischen Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Biotechnologie könnten potentiell weite Bereiche

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

von Wissenschaft und Technik nachhaltig beeinflussen und Grundlage neuer Waffensysteme sein. Für besonders beachtenswert werden genetische Manipulationen von Krankheitserregern gehalten, einschließlich jener, von denen die NATO annimmt, daß sie von der Sowjetunion bereits für Zwecke der biologischen Kriegführung vorgesehen wurden.

Fragen der Militärdoktrin und -strategie

Die UdSSR hat nach Einschätzung der NATO seit der Übernahme der Führung durch M. S. Gorbatschow begonnen, die Tauglichkeit der alleinigen Abstützung auf die militärische Macht bei der Gewährleistung der Sicherheit infrage zu stellen und den Primat politischer Mittel herausgestellt. Dennoch sei die UdSSR noch in einem bedeutenden Maße auf die militärische Macht angewiesen, um ihren Supermachtstatus aufrechtzuerhalten. Als Konsequenz aus dieser Lage schlossen die militärpolitischen Zielstellungen der Sowjetunion gegenüber der NATO folgende Hauptelemente ein:

- Reduzierung der Wahrnehmung einer sowjetischen Bedrohung durch die NATO,
- Verbesserung der strategischen Fähigkeiten im Verhältnis zu denen der NATO,
- Aufrechterhaltung eines breiten Umfangs militärischer Handlungsmöglichkeiten, jedoch bei geringerem Streitkräfteumfang,
- Ausrichtung militärischer Strukturen und der Strategie auf die Erfordernisse des modernen Gefechts und der Kriegsgrundsätze der NATO.

Als Schlüsselemente der gemeinsamen Militärdoktrin des Warschauer Vertrages von 1987 werden durch die NATO unter anderem angesehen:

- der Verteidigungscharakter der Doktrin,
- das Ziel der Kriegsverhinderung,
- das Prinzip der vernünftigen Hinlänglichkeit als Grundlage für den Umfang der Streitkräfte.

Die sowjetische Militärpolitik befindet sich nach NATO-Auffassung weiterhin im Umbruch, obwohl eine vollständige Realisierung vorhandener Konzepte bereits einen nachhaltigen Einfluß auf die Ost-West-Beziehungen und insbesondere auf den Streitkräfteaufbau sowie die Strategie im Kriege haben würde. Allerdings habe die NATO bisher noch keine Auswirkungen dieser konzeptionellen Änderungen auf die Streitkräftestrukturen, die militärischen Fähigkeiten und die Tendenzen der Ausrüstung mit Hauptkampfmitteln der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages erkennen können.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Die militärischen Planer der Sowjetarmee würden es nach Einschätzung der NATO wahrscheinlich weiterhin für vorteilhaft halten, die vorgeschobenen Kräfte in ihren Aufmarschräumen vollständig mobil zu machen und zu verstärken, bevor es zum Ausbruch von Kampfhandlungen kommt. Aus einer Vielzahl von Gründen könne der Warschauer Vertrag jedoch offensive Handlungen nach kurzer Vorbereitung beginnen. Die Stärke der konventionellen Streitkräfte des Warschauer Vertrages und die risikvollen Aussichten eines Kernwaffenkrieges würden die Sowjetunion zu dem Schluß veranlassen, den Anfangsschlag konventionell zu führen und die Kampfhandlungen solange konventionell weiterzuführen, wie sie es für sich als vorteilhaft ansieht. Obwohl von sowjetischer Seite das Konzept einer nuklearen Kriegführung für den taktischen Einsatz abgelehnt werde, glaubt die NATO, daß sie den begrenzten Einsatz von nuklearen Gefechtsfeldwaffen, u. U. auch den Ersteinsatz, ohne Eskalation akzeptieren würde.

Die NATO schreibt der von den Staaten des Warschauer Vertrages eingeleiteten einseitigen Streitkräfteverringerung nicht den Effekt einer Beseitigung der Überlegenheit des Warschauer Vertrages oder der Verminderung der Fähigkeit zur Führung eines Überraschungsangriffs zu. Sie sieht sich jedoch noch nicht zur Einschätzung der Auswirkungen von Reduzierungen und Umstrukturierungen der Streitkräfte des Warschauer Vertrages auf seine Fähigkeit zur Führung ununterbrochener offensiver Handlungen in das NATO-Territorium in der Lage.

Im Zusammenhang mit der Rüstungskontrolle wird erwartet, daß der Warschauer Vertrag im kurzfristigen Rahmen eine Doppelstrategie mit Vorschlägen für gegenseitige Streitkräftereduzierungen in den bestehenden strategischen und konventionellen Verhandlungsgrundlagen einerseits und der Verkündung einseitiger Reduzierungen andererseits betreiben wird. Das sowjetische Eingehen auf asymmetrische Reduzierungen und Vor-Ort-Inspektionen im Rahmen des INF-Vertrages wird als bemerkenswerter Wandel im politischen Herangehen in Sicherheitsfragen gewertet. Die sowjetischen Positionen bei den START-Verhandlungen reflektierten für sich genommen jedoch keine Änderung des grundsätzlichen Herangehens an die Frage des Kernwaffenkrieges. Bei den Verhandlungen zur konventionellen Rüstungskontrolle zielten die sowjetischen Absichten auf eine Verringerung der Streitkräftestärken, der so betrachteten offensiven Fähigkeiten der NATO, auf die Reduzierung der USA-Streitkräfte in Europa und den Abbau der Verstärkungsfähigkeiten der NATO.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Die geostrategische Lage der Sowjetunion wird sowohl als eine Quelle von Stärken als auch von Schwächen angesehen. Relativ kurze innere Verbindungslinien, insbesondere auf dem Europäischen Kriegsschauplatz, gewährleisteten eine schnelle Reaktion auf militärische Notlagen durch die Möglichkeit, Kräfte bzw. Reserven nach bzw. innerhalb der kontinentalen Schauplätze von Kriegshandlungen zu verlegen, ungeachtet bestimmter Behinderungen durch Unzulänglichkeiten des Transportsystems. Andererseits erfordere die erwartete reale Bedrohung aus mehreren strategischen Richtungen Vorkehrungen für die Kriegführung auf mehreren Schauplätzen von Kriegshandlungen. Daraus ergebe sich die Bindung starker Kräfte auf den Schauplätzen von Kriegshandlungen für vorgeplante Aufgaben mit geringer strategischer Flexibilität. Aufgrund ihrer begrenzten strategischen Beweglichkeit außerhalb der kontinentalen Schauplätze von Kriegshandlungen, insbesondere auf See, würde die UdSSR ihre geostrategische Position gegenüber ihrem Hauptgegner USA als außerordentlich ungünstig betrachten. Gegenüber der NATO könne der Warschauer Vertrag jedoch auf geographische Vorteile zählen. Als vorteilhaft für den Warschauer Vertrag wertet die NATO die Standardisierung aller militärischen Anstrengungen unter sowjetischer Führung durch die gemeinsame Militärdoktrin. Der Warschauer Vertrag unterhalte Streitkräfte solcher Größe, die einen teilweisen Ausgleich der schweren Verluste nuklearer und konventioneller Operationen ermöglichen würden. Sie könnten bis zu einem gewissen Grad geostrategische Nachteile ausgleichen und eine bestimmte Flexibilität der strategischen und operationellen Planung ermöglichen. Als besondere geographische Vorteile des Warschauer Vertrages werden die Tiefe und Geschlossenheit des Territoriums seiner Mitgliedsländer sowie die aufgelockerte Verteilung der Bevölkerung und der industriellen Zentren der UdSSR angesehen.

Schwächen, die potentiell zu einer Einschränkung der militärischen Fähigkeiten des Warschauer Vertrages führen können, sieht die NATO in einem Mangel an Zusammenhalt im Bündnis und Unsicherheiten hinsichtlich der Zuverlässigkeit der nicht-sowjetischen Streitkräfte. Als Folge daraus könnte die Sowjetunion im Falle eines Krieges mit der NATO hauptsächlich auf ihre eigene Stärke angewiesen sein, obwohl die NATO annimmt, daß die UdSSR ihre Planung auf der Basis der Erfüllung der Verpflichtungen ihrer Bündnispartner aufbaut. Die aus der ökonomischen Situation resultierende Verschärfung des Ressourcenkonflikts wird ebenfalls als potentielle Beeinträchtigung der Kampfkraft angesehen, obwohl weiter davon ausgegangen wird, daß quantitative Reduzierungen durch qualitative Leistungssteigerungen aufgefangen werden. Probleme der Instabilität in einzelnen Ländern des Warschauer Vertrages

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

könnten zum Einsatz von Teilen der Streitkräfte zur Beherrschung ziviler Unruhen im Falle unzureichender Stärke der Sicherheitskräfte führen und damit mehr oder minder dauerhaft Kräfte binden, die für den Kräfteaufbau gegenüber der NATO vorgesehen seien. Die vorn stehenden Streitkräftegruppierungen werden nicht für fähig gehalten, einen Überraschungsangriff mit Zielen in der strategischen Tiefe ohne umfassende Verstärkungen zu führen.

Bei der Beurteilung der langfristigen Entwicklungstendenzen sieht sich die NATO wegen der umfassenden Natur des Umgestaltungsprozesses in der UdSSR vor das Problem gestellt, daß zuverlässige Voraussagen schwieriger denn je seien. Es wird davon ausgegangen, daß selbst die sowjetische Führung keine klare Vorstellung von den Ergebnissen der eingeleiteten Prozesse habe, und dies nicht nur bei den Faktoren, die sich einer Kontrolle entzögen, sondern auch jenen, die steuerbar seien. Dessen ungeachtet hält es die NATO für angebracht, folgende Grundlinien als in hohem Maße sicher anzusehen:

- Die Schlüsselemente des sowjetischen Systems bleiben im wesentlichen unverändert.
- Die NATO wird vom Warschauer Vertrag sowohl aus politischer als auch aus militärischer Sicht als Hauptgegner angesehen.
- Die militärische Stärke bleibt die Grundlage des Supermachtstatus der UdSSR.
- Solange die NATO in der Sicht der Sowjetunion ein glaubhaftes und geschlossenes Bündnis bleibt, ist eine vorsätzliche Entscheidung der Sowjetunion, Feindseligkeiten zu eröffnen, höchst unwahrscheinlich.

Unter praktisch allen Voraussetzungen werde die Sowjetunion eine bedeutende Herausforderung für die Interessen der NATO darstellen und bleibe ihr militärischer und politischer Hauptgegner. Die Umgestaltung in der UdSSR verändere jedoch die Art der Herausforderung. Eine sowjetische Politik, die auf die Rhetorik des kalten Krieges verzichte und das Verständnis des Westens für die Bedrohung verringere, sei auf die Untergrabung der philosophischen und institutionellen Gemeinsamkeiten gerichtet, die der Westen zur Eindämmung und Bekämpfung des sowjetischen Expansionismus entwickelt habe. Für die NATO werde es zunehmend schwieriger, die Politik des Warschauer Vertrages aus der gleichen Perspektive wie in der Vergangenheit zu beurteilen.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Zur Erkennbarkeit von Kriegsvorbereitungen

Die NATO erwartet, daß Erkenntnisse, die auf die Wahrscheinlichkeit eines Krieges hindeuten, aus politischen, militärischen und ökonomischen Indikatoren gewonnen werden können. Es sei Aufgabe der Nachrichtendienste, Angaben über Zeitpunkt, Ausmaß und Ort eines Angriffs zu beschaffen. Sie könnten jedoch nicht garantieren, die Absichten des Warschauer Vertrages mit einer solchen Zuverlässigkeit aufzuklären, die es erlaubt, den Ausbruch eines Krieges mit Sicherheit zu bestimmen. Der Ausbruch von Feindseligkeiten im NATO-Bereich ohne vorhergehende erkennbare Veränderungen der politischen Lage wird für unwahrscheinlich gehalten. Dennoch könnten politische Indikatoren allein keine Gewißheit über einen Entschluß geben, die NATO anzugreifen. Sie würden jedoch die Nachrichtendienste alarmieren, die durch die Überprüfung militärischer Indikatoren konkretere Anhaltspunkte über die Bereitschaft des Warschauer Vertrages zur Führung eines Angriffs zu beschaffen versuchen würden. Ökonomische Indikatoren könnten zusätzliche Erkenntnisse ermöglichen, da sie in einer Periode teilweise verschlechterten politischen Klimas von politischen und militärischen Indikatoren sichtbar würden. Trotz zu erwartender Tarnungs- und Täuschungsmaßnahmen rechnet die NATO nicht damit, daß der Warschauer Vertrag in der Lage wäre, eine erhöhte Kriegsbereitschaft völlig zu verbergen. Die Nachrichtendienste würden zwar nicht in der Lage sein, die Warnzeit, die als Zeitraum zwischen der ersten Warnung vor einem Krieg und seinem tatsächlichen Ausbruch definiert wird, exakt zu bestimmen. Sie könnten auch nicht exakt ermitteln, welchen Kompromiß die sowjetische Führung zwischen der Variante eines Angriffs mit den präsenten Kräften und dem vollen Aufmarsch aller verfügbaren Kräfte wählen würde. Die NATO schätzt jedoch ein, daß, solange der Warschauer Vertrag von einem hohen Bereitschaftsgrad der NATO-Streitkräfte ausgehen muß, jeder Angriff bedeutende Veränderungen in der militärischen Bereitschaft der Vereinten Streitkräfte erfordere, die innerhalb kurzer Zeit erkannt würden. Auch unter den ungünstigsten Umständen rechnet die NATO daher mit einer Warnzeit von mindestens 48 Stunden. Selbst die in den nächsten 20 Jahren im Ergebnis einseitiger Abrüstungsmaßnahmen oder von Rüstungskontrollverträgen zu erwartenden Veränderungen in den Streitkräftestärken und dem Stationierungsschema der Streitkräfte des Warschauer Vertrages würden ungeachtet ihrer Auswirkungen auf die Handlungsmöglichkeiten und die Warnzeit an dieser Situation prinzipiell nichts ändern. Das wird auch im Hinblick auf die Einführung neuer Militärtechnik angenommen.

Diese Auskunft ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.